



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Johannes Becher, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Starke Politik für Kinder und junge Menschen – Taskforce für Psychische Gesundheit einrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Konsequenzen aus der Psychiatrieerberichterstattung zu ziehen und noch in diesem Jahr eine Taskforce einzurichten, die sich speziell den psychischen Belangen von Kindern und jungen Menschen annimmt. Die Taskforce soll konkrete Maßnahmen erarbeiten, um negative Folgen bei Kindern und jungen Menschen, insbesondere im emotionalen und seelischen Bereich, vorzubeugen bzw. zu reduzieren.

Ziele sollen sein, die kurz- und langfristigen Behandlungskapazitäten zu erfassen, konkrete Maßnahmen zur Optimierung der flächendeckenden Hilfs- und Versorgungsangebote sowie Strategien für den psychosozialen Unterstützungsbedarf auszuarbeiten und damit ein starkes Netzwerk zu schaffen. Dabei dürfen vor allem jene aus einkommens- und bildungsschwachen Haushalten nicht aus den Augen verloren werden.

Begründung:

Nach zwei Jahren Pandemie weisen zahlreiche Studien darauf hin: Die Psychische Gesundheit insbesondere bei Kindern und jungen Erwachsenen hat deutlich gelitten. Häufig zeigen sich psychosomatische Beschwerden wie Gereiztheit, Einschlafprobleme, Kopf- oder Bauchschmerzen. Forscherinnen und Forscher beobachten zudem über alle Altersgruppen hinweg einen deutlichen Anstieg von Angststörungen, Depressionen und Schlafstörungen. Auch Essstörungen und Substanzmissbrauch nehmen zu. Bewegungsmangel, Übergewicht, lange Bildschirmzeiten, Einschränkungen des sozialen Miteinanders – sei es in der Regelschule, Aus- und Weiterbildung oder als Studierende oder Studierender –, Angst, kaum Planungssicherheit und wenig außerschulische Kultur-, Sport-, Erholungs- und Bildungsoptionen, beeinträchtigen die Lebensqualität unserer Kinder und jungen Menschen. Nicht bei jedem ist die seelische Gesundheit gefährdet, dennoch äußern viele vermehrt Zukunftsängste. Die Wartezeiten auf einen Therapieplatz sind massiv angestiegen. Schon lange haben wir ein chronisches Defizit in der psychotherapeutischen Versorgung, die Pandemie hat die Lage nun verschärft.

Die Leopoldina empfiehlt in ihrer 8. Ad-hoc Stellungnahme vom Juni letzten Jahres „Kinder und Jugendliche in der Coronaviruspandemie: psychosoziale und edukative Herausforderungen und Chancen“ den Ausbau evidenzbasierter Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Therapie psychischer Störungen im Kindes- und Jugendalter, um eine weitere Verbesserung des Behandlungserfolges bei psychischen Erkrankungen zu erreichen. Zudem wird empfohlen, die Wartezeit auf einen Therapieplatz zu verkürzen. Der neueste Psychiatriebericht der Staatsregierung beschreibt

ebenso die Folgen des Lockdowns – wie Einsamkeit und soziale Isolation bei Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen – und weist darauf hin: „Ein guter familiärer Zusammenhalt wirkt hingegen protektiv und kann die Belastungen durch die Pandemie abmildern.“ Dabei haben nicht alle diese beschützenden „vier Wände“. Die Fälle häuslicher Gewalt nehmen zu und zugleich ihre Sichtbarkeit und damit die Möglichkeiten zur rechtzeitigen Intervention ab. Diese negativen Auswirkungen sind potenziell langwierig und betreffen zu viele Kinder und Jugendliche. Die Coronapandemie hat zu zusätzlichen Belastungen von psychischen Beschwerden geführt, es betrifft die Breite der Bevölkerung und ist kein Randthema. Die Vernetzung der Beteiligten ist für die Weiterentwicklung der Versorgung psychisch Erkrankter von großer Bedeutung, so ein Fazit des Psychiatrieberichtes.

Mit Einrichtung der Taskforce soll ein breites Bündnis vorbereitet werden, das die Gesundheitsförderung im Bereich der kinder- und jugendpsychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlungsangebote aufgreift. Es muss darum gehen, kurz- und langfristige Betreuungskapazitäten bspw. im ambulanten und stationären Bereich sowie niedrigschwellige Hilfsstrukturen vor Ort für alle Zu- und Angehörigen sicherzustellen. Ein besonderes Augenmerk soll auf die ungleiche Verteilung der seelischen Gesundheit gelegt werden. Die unterschiedlichen Aspekte der psychischen Gesundheit und psychischer Überlastung sollen, gerade auch im Sinne der Gesundheitsförderung und im Pandemiemanagement endlich deutlich mehr in den Fokus gerückt werden. Dazu ist ein starkes Netzwerk mit Expertinnen bzw. Experten notwendig: für eine verbesserte Kommunikation, eine stärkere Zusammenarbeit, für unsere Kinder und jungen Menschen.